



Diakonie  
Wuppertal

*vielfältig wie das Leben*

Hans Böckler  
**Stiftung** 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.

## Abschlussbericht des Projektes

**„Abbau arbeitsmarktbezogener Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten – Stärkung bundeslandspezifischer Strukturen gegen Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung (MH/A)“ –  
der Diakonie Wuppertal Migrationsdienste**

Projektlaufzeit: 01.10.2012 – 31.12.2014

Projektleitung: Achim Pohlmann  
Projektbearbeitung: Bettina Heiderhoff

Wuppertal, Dezember 2014

Abschlussbericht des Projektes  
„Abbau arbeitsmarktbezogener Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten –  
Stärkung bundeslandspezifischer Strukturen gegen Menschenhandel zum Zweck der  
Arbeitsausbeutung (MH/A)“ – der Diakonie Wuppertal Migrationsdienste.  
Projektlaufzeit: 01.10.2012 – 31.12.2014

## **I Leistungen und Aktivitäten:**

Zum Projektbeginn wurde erstmalig der Wissensstand über das Phänomen „Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung“ (MH/A) speziell für das Bundesland NRW in einem Situationsbericht erhoben und zusammengefasst. Die methodische Umsetzung erfolgte durch Literatur- und Feldforschung, sowie durch vierzig Experteninterviews.

Der Bericht stellt die bundeslandspezifischen Indikatoren und Anfälligkeiten für eine systematische Ausbeutung migrantischer Arbeiter heraus. Er fasst die bekanntgewordenen Branchen, die Risikogruppen und Betroffenen, die arbeitsmarktbezogenen Diskriminierungsstrukturen, Zwangsmechanismen aber auch bestehende Kontakt-, Beratungs- und Unterstützungsstrukturen zusammen. Der Bericht wurde in zwei Auflagen zu je 300 Stück aufgelegt und an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus denen als relevant gekennzeichneten Institutionen verteilt.

Auf dem Situationsbericht aufbauend, blieb die zentrale Frage bestehen, warum so wenige Fälle von MH/A in NRW bekannt und verurteilt werden- was also in der Praxis als Menschenhandel im Bereich der Arbeitsausbeutung eingeschätzt wird. Mit Unterstützung des Justizministeriums NRW analysierten wir daraufhin die bisher behandelten staatsanwaltlichen Verfahrensakten in NRW seit 2005. Ergänzend zum Situationsbericht konnten dadurch weitere Fallkonstellationen und konkrete Probleme bei der Einstufung und der Verfolgung des Menschenhandels sichtbar gemacht werden. Eine Veröffentlichung wird in enger Absprache mit dem Justizministerium geplant, die den Bericht zurzeit intern prüfen.

Im von Wiebke Friedrich, Christoph H. Schwarz und Sebastian Voigt herausgegebenen Band „Gewerkschaften im demokratischen Prozess: 10 internationale Beiträge“ (edition 278 der Hans-Böckler-Stiftung) erschien 2013 von Ildikó Pallmann (Projektmitarbeiterin DGB Berlin-Brandenburg) und Anne Pawletta (Projektreferentin ILO Deutschland) der Artikel „Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung – ein Thema für Gewerkschaften?“.

Im gewerkschaftlichen Magazin „Gegenblende“ erschien am 06.01.2014 ein Artikel von Birgitta Wodke (Koordinationsstelle des Projekts), und Anna Basten (Teilprojekt Brandenburg) unter dem Titel: „Arbeitsausbeutung und Menschenhandel als Folgen von Diskriminierung“.

Zum weiteren Erkenntnisgewinn und zur Verstetigung der bisher bekannten Ansätze im Feld des Menschenhandels zum Zweck der Arbeitsausbeutung wurde eine ergänzende Beratung bei den Migrationsdiensten der Diakonie Wuppertal eingeführt. Im Zeitraum von Januar 2014 bis Dezember 2014 wurden 19 Fälle mit insgesamt 54 betroffenen Personen aus sieben unterschiedlichen Ländern betreut. Durch die aufgezeigten systematischen Recherchen und Erfahrungen konnte nachgewiesen werden, dass reale Fälle von MH/A auch in Nordrhein-Westfalen bestehen, dass bis heute aber weitreichende Probleme bei der Identifizierung und der Betreuung der Betroffenen und gleichzeitig bei der Verfolgung und Bestrafung der Täter gibt.

Abschlussbericht des Projektes  
„Abbau arbeitsmarktbezogener Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten –  
Stärkung bundeslandspezifischer Strukturen gegen Menschenhandel zum Zweck der  
Arbeitsausbeutung (MH/A)“ – der Diakonie Wuppertal Migrationsdienste.  
Projektlaufzeit: 01.10.2012 – 31.12.2014

In Kooperation mit dem DGB Hagen, der IG Bergbau, Chemie, Energie Bezirk Dortmund-Hagen, dem DGB-Projekt Faire Mobilität, dem Projekt „Arbeitnehmerfreizügigkeit in NRW fair gestalten“ von Arbeit und Leben e.V. und der Diakonie Hagen wurde im November und Dezember in Hagen eine wöchentliche Beratung für Betroffene von Arbeitsausbeutung und Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung angeboten. Die positive Rückmeldung aller Kooperationspartner und die Nachfrage bei den Betroffenen führten zu dem Wunsch nach einer Verstetigung des Beratungsangebotes für das Jahr 2015 und flankierenden Workshops zur Sensibilisierung weiterer Hagener Akteure für die Thematik.

Um die Beratungs- und Informationsstrukturen für Betroffene zu stärken, wurde eine Modifizierung der Arbeitszeitkalender ( <http://www.buendnis-gegen-menschenhandel.de/worum-geht-es/das-buendnis/infomaterial?tags=93> ) durch Sprachflaggen auf der Titelseite und Benennung einer NRW-Kontaktstelle auf der Rückseite durchgeführt und die Kalender in ganz NRW gestreut. Die Kalender liegen zurzeit in 5 Sprachen (Deutsch, Englisch, Rumänisch, Bulgarisch und Polnisch) vor und bieten potentiellen Risikogruppen Informationen über ihre grundsätzlichen Arbeitsrechte und Möglichkeiten der Durchsetzung. Vor allem von gewerkschaftlichen Stellen wurden die Arbeitszeitkalender als sehr hilfreiches Instrument zur Durchsetzung von arbeitsrechtlichen Ansprüchen gewürdigt. Eine Übersetzung in weitere acht Sprachen wird zurzeit realisiert.

Begleitend wurde für den bergischen Raum ein Beratungsflyer in 10 Sprachen als Faltplyer entwickelt, der durch gezielte Ansprache Betroffene von Arbeitsausbeutung und Zwangssituationen zu erreichen versucht und Ihnen eine Beratungsstelle benennt.

Um die Handlungsfähigkeit der Beratungsstrukturen zu stärken, baut das Bündnis in NRW eine Anwaltsdatenbank auf, die gezielt Fachanwälte im ganzen Bundesland auflistet, die Ihr Interesse bekundet haben, sich auch im Bereich der Prozesskostenhilfe für Betroffene von MH/A straf- und arbeitsrechtlich einzusetzen.

Ebenso wurde im Sinne der Netzwerkarbeit und benötigten Notfallhilfe ein Wegweiser für Wuppertal entwickelt, der relevante Akteure und konkrete Ansprechpartner benennt und so konzipiert ist, dass er leicht auf andere Kommunen zu übertragen ist. Er beinhaltet neben den beteiligten Institutionen und Kontaktpersonen auch eine Übersicht über die Sonderrechte der Betroffenen, eine Indikatorenliste zu Ausbeutungstatbeständen und weiterführende Informationsangebote.

Zusammen mit verschiedenen Beratungsstellen wurde ein „Visual-Language-Ansatz“ zur Ansprache, Identifizierung und Vertrauensbildung sowie zur Kommunikation im Erstgespräch mit Betroffenen entwickelt. Hierdurch soll eine rein durch Bilder umgesetzte Kommunikation gefördert werden, die niedrigschwellig und universell eine Beziehung und Redebereitschaft erzeugen kann. Auch bildungsferne Gruppen und Analphabeten können so erreicht werden. Zurzeit werden Angebote von Illustratoren zur Umsetzung einer solchen Anwendung eingeholt. Mögliche Einsatzfelder liegen im Beratungsbereich und der Betroffenenansprache. Ziel ist es, die umfangreiche Indikatorenliste im Bereich des Menschenhandels zum Zweck der Arbeitsausbeutung nur durch Bilder darstellbar und abfragbar zu gestalten.

Abschlussbericht des Projektes  
 „Abbau arbeitsmarktbezogener Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten –  
 Stärkung bundeslandspezifischer Strukturen gegen Menschenhandel zum Zweck der  
 Arbeitsausbeutung (MH/A)“ – der Diakonie Wuppertal Migrationsdienste.  
 Projektlaufzeit: 01.10.2012 – 31.12.2014

## II. Transferaktivitäten

Vorträge im Rahmen des Projektes:

01.03.2013	Ministerium für Arbeit und Soziales NRW	Projektvorstellung
07.03.2013	Bleiberechtsnetzwerk NRW	Projektvorstellung
14.02.2013	Flüchtlingsberatungsstellen RWL	Projektvorstellung
11.04.2013	AK Neue EU-Bürger Köln	Vortrag: MH/A in NRW
30.04.2013	Landesverband Weißer Ring	Projektvorstellung
24.06.2013	AK Migration Wuppertal	Vortrag: MH/A in NRW
27.06.2013	DGB Bundesvorstand Berlin	Beiratstreffen – Vorstellung der Projektergebnisse
05.07.2013	MAIS NRW – Referat Arbeitsschutz	Vorstellung der Projektergebnisse
09.07.2013	Vorstandssitzung Bahnhofsmissionen NRW	Vortrag: MH/A in NRW
17.10.2013	Leitertreffen Bahnhofsmissionen NRW	Vortrag: MH/A in NRW
17.-19.10.2013	EU-Forum MH/A in Vilnius Litauen	Referent und Forumsteilnahme
30.10.2013	DGB-Projekt Faire Mobilität und KOK e.V. in Berlin: Fachtag Menschenhandel Arbeitsausbeutung	Referent
06.11.2013	Rathaus Kassel: Podiumsdiskussion „Was ist Menschenhandel?“	Teilnehmer Podiumsdiskussion
11+12.11.2013	Fachtagung MH/A der FES in Berlin	Vortrag: MH/A in NRW
05.12.2013	Schulung AK Migration Wuppertal	Vortrag: MH/A in NRW
21.02.2014	Fachtagung MH/A in NRW bei der HBS	Vortrag
04.04.2014	Tagung von Freedom Keepers (Projekt von Arbeit und Leben e.V. Düsseldorf)	Vortrag: MH/A in NRW
08.04.2014	AK Beratung in Lebensfragen Wuppertal	Vortrag: MH/A in NRW
14.05.2014	Weißer Ring Wuppertal	Projektvorstellung
19 +20.05.2014	Gewerkschaft: Confédération Paysanne	Projektvorstellung
11.06.2014	Staatsanwaltschaft Brandenburg	Auswertung der Verfahrensakten §233 und §233a
30.06.2014	Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland Pfalz in Mainz	Beiratstreffen – Vorstellung der Projektergebnisse
02.07.2014	Stadt Bielefeld, Rathaus	Workshop und Vortrag
26.08.2014	DGB Hagen	Vortrag: MH/A in NRW und Kooperationsmöglichkeiten
12.09.2014	Schulung für DGB-Projekt Faire Mobilität	Schulung MH/A
24.09.2014	Fachtagung Pflege in Neuss	Projektvorstellung und Vortrag
29.09.2014	Hochschule Niederrhein: Expertenhearing Pflege und Ausbeutung	Referent
22.10.2014	Gesamtkonferenz Migration Diakonie Deutschland in Berlin	Referent

Abschlussbericht des Projektes  
„Abbau arbeitsmarktbezogener Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten –  
Stärkung bundeslandspezifischer Strukturen gegen Menschenhandel zum Zweck der  
Arbeitsausbeutung (MH/A)“ – der Diakonie Wuppertal Migrationsdienste.  
Projektlaufzeit: 01.10.2012 – 31.12.2014

23.10.2014	City Kirche Wuppertal	Vortrag: MH/A in Wuppertal
10.11.2014	Fachtagung FES in Berlin	Workshop Betroffenenunterstützung
02.12.2014	Praxisworkshop: Aufenthaltstitel und Arbeitsausbeutung; Köln	Tagungsorganisation und Moderation
09.12.2014	Fachtagung: MH/A in Dortmund	Tagungsorganisation und Moderation

Im Februar 2014 wurde bei der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf eine bundeslandweite Fachtagung zum Thema MH/A veranstaltet. Hier finden Sie den Bericht zur Veranstaltung: <http://www.buendnis-gegen-menschenhandel.de/aktuelles/bericht-der-fachtagung-menschenhandel-und-arbeitsausbeutung-nordrhein-westfalen>. Die Teilnehmer setzten sich aus verschiedenen Akteuren und Institutionen, die aus den Bereichen Beratung, Integration und Migration, Ermittlungs- sowie Landes- und Bundesbehörden kamen, zusammen. Das Feedback zur Veranstaltung war durchweg sehr positiv.

Im Projektzeitraum wurden Schulungen mit diversen Beratungseinrichtungen, Bahnhofsmmissionen, und in einzelnen Städten kompletten Netzwerkstrukturen, die auch Behörden umfassen, durchgeführt. Es zeigt sich, dass ein institutionenübergreifender Austausch zur speziellen Beratungs- und Strafverfolgungssituation im Bereich des Menschenhandels als notwendig und als effektiver und fruchtbarer im Vergleich zu Einzelschulungen angesehen wird.

Über die Arbeit des Projektes in NRW berichteten der WDR, das CSR-Magazin, die Neue Osnabrücker Zeitung, die Bistumszeitung Glaube und Leben und die katholische Nachrichtenagentur.

### **III. politischer Verwendungskontext**

Die bisherigen Projektergebnisse zeigen strukturelle Schwächen im Bereich der Bekämpfung des Menschenhandels zum Zweck der Arbeitsausbeutung und der Beratungssituation für Betroffene in Nordrhein-Westfalen auf. Einzelne Bereiche, wie die Ausgestaltung des Strafrechtsparagraphen, den die Ermittlungsbehörden als nicht praktikabel beschreiben, oder auch einzelne Aufenthaltsgesetze, die Ausbeutungsrisiken bei den Betroffenen produzieren, fallen dabei in die Verantwortung des Bundes und können nicht auf Länderebene allein gelöst werden.

Als ein entscheidendes Projektergebnis ist daher die Absicht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zu werten, Anfang 2015 eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung“ einzurichten. Hierdurch entsteht die Möglichkeit eines nachhaltigen Strukturaufbaus und konkreter Verfahrensabsprachen mit Unterstützung eines federführenden Ministeriums.

In Nordrhein-Westfalen sollte durch fortgeführte kommunale Vernetzungsworkshops die Sensibilität aller Einrichtungen für das Thema vergrößert werden. Durch Einführung lokaler Wegweiser im Bereich des Menschenhandels zum Zweck der Arbeitsausbeutung können so Synergieeffekte der bestehenden Strukturen erzielt werden. Im Fokus stehen dabei Beratungsstellen der Gewerkschaften und der Wohlfahrtsverbände, die zusammen mit den identifizierten Kontaktstellen (Obdachlosenheime, Migrantenselbstorganisationen, Tafeln etc.) sowie Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden das Know-how zur Identifizierung und Rechtsdurchsetzung von Betroffenen von Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung aufbauen sollten.

Die strafrechtliche Verfolgung der Arbeitsausbeutung bietet dabei die Chance, der gesellschaftlichen Dimension des Phänomens gerecht zu werden. Während die arbeitsrechtliche Verfolgung den individuellen Ansprüchen der Betroffenen entgegenkommt, bedarf es bei den vorliegenden Diskriminierungs- und Ausbeutungsstrukturen einer moralisierenden und gesellschaftlich abschreckenden Strafverfolgungspraxis durch den Staat selber.

Die Beratungsstrukturen müssen mit dem Ziel des Empowerments der Betroffenen weiter gestärkt werden. Ziele sind Beratung und Informationen für Betroffene anzubieten, die die Stärkung der Rechtssicherheit und Konfliktfähigkeit verbessern.

Gerade die Gewerkschaften sollten sich weiterhin für faire Arbeitsmarktbedingungen einsetzen. Dabei bedeuten eine Ausweitung und Verbesserung von Konzepten wie Corporate Social Responsibility, verbindlichen Arbeitsmarktstandards, Mindestlohn und der Generalunternehmerhaftung auch einen Abbau diskriminierender Strukturen im Bereich des Arbeitsmarktes.